

Editorial

Nach und nach dämmert dem öffentlichen Bewußtsein, daß die Betroffenheit über ethnische Säuberungen nicht auf ausländische Angelegenheiten einzugrenzen ist. Auch Millionen Deutsche, unter ihnen weit mehr Kinder und Frauen als kriegsbeteiligte Männer, wurden Opfer von Vertreibung und Vertreibungsverbrechen. Wer freilich wie einige Gutmensch-Historiker an eine „deutsche Täter-Generation“ glaubt, muß das ignorieren. Aus unterschiedlichen Gründen wurde es den Vertriebenen im Osten und zeitweise auch im Westen des geteilten Landes schwer gemacht, über ihre Lebenserfahrungen und Traumata zu sprechen. Im Westen haftete dem Begriff der Heimatvertriebenen seit Ende der sechziger Jahre das Odium der Entspannungsfeindlichkeit an, die SED-Propaganda agitierte schon in den fünfziger Jahren gegen den „Revanchismus der Vertriebenenverbände“. In der DDR sollte der Sozialismus alle Menschen ohne Unterlaß in eine „lichte Zukunft“ führen, da störten rückwärtsgewandte Bindungen an eine verlorene Heimat ebenso wie solche an das Christentum oder die gemeinsame Nation. Im Herrschaftsbereich der SED lebten viele Bürger, die in den letzten Kriegswochen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße geflohen sind oder nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus aus den vormaligen deutschen Ostprovinzen vertrieben wurden. Die ideologische Bearbeitung dieser ohnehin entwurzelten Menschen bot der SED-Propaganda Chancen aber auch Risiken. Chancen, weil man mit den euphemistisch „Neubürger“ oder „Umsiedler“ genannten Flüchtlingen bei der Bodenreform Staat machen konnte und sich neue Loyalitäten erhoffte – Risiken, weil man bei ihnen, nach allem was sie erlebt hatten, kein leichtes Spiel hatte, wenn es etwa um die Vergötterung Stalins oder der Roten Armee ging.

Der SED fehlte von Beginn an das Einfühlungsvermögen für den Schmerz der Vertriebenen und für ihren verständlichen, wenn auch aussichtslosen Wunsch nach Rückkehr in ihre Heimat. Die Einbuße der deutschen Ostgebiete war nach offizieller DDR-Lesart der Preis für den Eroberungskrieg, den Hitler im Auftrag des deutschen Kapitals entfesselt hatte. Jegliches Erinnern an die verlorene Heimat im Osten, das über den privaten Bereich hinausging, stand unter dem Verdikt des Revanchismus, der geradewegs in einen neuen Krieg münden würde. Tatsächlich war die SED-Herrschaft selbst genauso ein Produkt Stalins wie dessen Grenzziehungen und Grenzverschiebungen in Ostmitteleuropa. Dieser Zusammenhang führte zwangsläufig dazu, daß Flucht und Vertreibung ein Tabu-Thema blieb. Die SED reagierte neuralgisch auf alles, was nur entfernt nach landsmannschaftlichen Zusammenschlüssen aussah und der allseits angestrebten „sozialistischen Identität“ samt „sozialistischem Nationalgefühl“ entgegenstand. Die meisten „Umsiedler“ erwiesen sich freilich gegenüber dem Propagandaanliegen „Heimat DDR“ als resistent. Wie sich die besondere Gruppe der Bessarabiendeutschen der Vereinnahmung durch die Staatsideologie entzog, untersucht Ute Schmidt in ihrem Beitrag über Flüchtlingsmilieus in der SBZ/DDR. Die Autorin rezensiert außerdem in dieser Ausgabe drei Ausstellungen über Flucht und Vertreibung, die im vergangenen Sommer die Gemüter bewegt und erregt haben. Wie SED und MfS dem Ärgernis der Vertriebenenverbände im Westen Deutschlands zu Leibe rückten und sie als Nester der Kriegsvorbereitung, als „Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion“ und des Bösen schlechthin „operativ bearbeitet“ haben, beschreibt Heike Amos in ihrem Beitrag, der erste Ergebnisse aus ihrem neuen Forschungsfeld vorstellt.

Flüchtlingsströmen und Massenvertreibung am Ende des Krieges sind andere Fluchten und Vertreibungen vor und während des Krieges vorausgegangen. Mit welchen beson-

deren Problemen sich die kleine Gruppe der deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil nach dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf das „Paradies aller Werktätigen“ ausgesetzt sah, schildert Horst Laude anhand authentischer Zeugnisse aus der damaligen Zeit. Der zweite Teil seines Textes über „Kommunisten im sozialistischen Vaterland“ wird in ZdF 21 erscheinen.

Viele Kommunisten, die in der Sowjetunion Zuflucht vor ihren nationalsozialistischen Feinden gefunden hatten, mußten freilich bald feststellen, daß sie dort in einer anderen tödlichen Falle saßen. Als Stalin 1936 das Land mit Terror überzog, verlor manch treuer Kommunist als „Konterrevolutionär“ sein Leben. Andere landeten in Zuchthäusern und Arbeitslagern. Ob deutsche Emigranten der neuen Freundschaft zwischen Hitler und Stalin quasi als „Morgengabe“ geopfert wurden und viele von ihnen nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom Sommer 1939 aus Stalins Lagern direkt in deutsche KZs überstellt wurden, untersucht Wilhelm Mensing – mit eindeutigen Ergebnis.

Die im KZ-Ravensbrück zeitweilig als Hundeführerin eingesetzte Aufseherin Gertrud Rabestein wurde in der DDR und nach deren Ende zu einem gesamtdeutschen Justizfall der besonderen Art. Gertrud Rabestein wurde 1948 aufgrund von Vorwürfen verurteilt, die vier Jahre später das Urteil gegen eine andere Frau begründeten. Es handelte sich um die 1953 hingerichtete und 1954 als „Kommandeuse“ von Rudolf Leder alias Stephan Hermlin literarisch-propagandistisch erledigte KZ-Aufseherin Erna Dorn. Lag hier eine Verwechslung vor? Gertrud Rabestein starb nach 26 Jahren DDR-Haft in Hoheneck. André Gurskis auf zahlreiche Untersuchungsakten gestützte Analyse, wirft ein neues Licht auf ihren Fall und eine gnadenlose SED-Justiz.

Ein ganz anderes Thema greift Kai Nowak auf. Wer erinnert sich nicht an „Panzerkreuzer Potemkin“ oder „Kuhle Wampe“? Ehe die KPD allerdings die agitatorischen Möglichkeiten des Mediums Film erkannte, vergingen einige Jahre, in denen man sich über den Sinn der kommunistischen Kulturpolitik im Unklaren war. Klara Zetkin sah die Proletarier lieber in gewerkschaftlichen Versammlungen denn als Müßiggänger im neumodischen Lichtspieltheater. Steffen Alisch hat in der vorigen ZdF-Ausgabe das bislang unbekannte Institut für Geheimnisschutz an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Berlin-Karlshorst vorgestellt. In diesem Heft geht er auf die Hochschule selbst ein und analysiert vor allem die politische Überwachung und Kontrolle dieser einstigen Kadenschmiede der DDR-Volkswirtschaft. Peter Erler befaßt sich diesmal mit einem weiteren Aspekt des MfS-Sperrgebiets in Berlin-Hohenschönhausen und untersucht, wie das MfS nicht nur baulich auf die Entspannungspolitik der 70er Jahre reagiert hat.

Kaum Entspannung zeigt sich an der Stasi-Aktenfront. Daran wird auch das novellierte Stasiunterlagengesetz nichts ändern. Die öffentlich wahrgenommenen Stasi-Fragen spielen sich ohnehin meist auf anderen Feldern ab als dem öffentlichen Dienst, der jetzt auch ohne vorherigen Stasi-Check durchlaufen werden darf. Ehemalige Zuträger der Stasi klagen unter Ausnutzung einer aufgeschlossenen Rechtsprechung gegen die öffentliche Befassung mit früheren Taten. Nichts Neues in Deutschland, wo man sich auch früher schon, wenn es nützlich war, nicht mehr an sich selbst erinnern zu können glaubte. Neu aber ist, daß inzwischen ehemalige Stasi-Offiziere aus der Versenkung auftauchen, um sich ganz genau zu entsinnen, wie sie seinerzeit in ihren Dienstunterlagen allerlei frei erfundenen Klamauk niederschrieben, ja sich sogar ganze Spitzelakten aus den schmutzigen Fingern gesaugt haben. Am Beispiel einer Schauspielerin rezensieren Jochen Staadt und Tobias Voigt diese Premiere im Stasi-Theater.

i.A. Thomas Gerlach und Jochen Staadt